Ein neuer Anlauf für das Dreiland

Kooperation in der Region Basel harzt

CHRISTOPH HEIM

Mit der IBA Basel, die gestern den Medien vorgestellt wurde, soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Basel einmal mehr verbessert werden. Die Bilanz der bisherigen Bestrebungen fällt unterschiedlich aus.

Die Internationale Bauausstellung IBA Basel ist ein Kind des Trinationalen Eurodistricts Basel, dessen Experten seit fünf Jahren darauf hinarbeiten, unter diesem Label die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Basel zusammenzufassen. Gestern fand im Beisein von hochrangigen Politikern aller drei Länder der Startschuss zur IBA Basel statt, die nun während zehn Jahren vorbildliche und qualitativ hochwertige Projekte in Basel und dem grenznahen Deutschland und Frankreich mit dem IBA-Label auszeichnen wird.

Das IBA-Projekt wartet mit einer Reihe von Besonderheiten auf: Die Ausstellung dauert zehn Jahre. Sie zeigt nicht nur fertige Gebäude, Areale und Parklandschaften, sondern auch ihre Entstehung. Die Ausstellungsmacher begleiten die Entwicklung der Projekte und helfen bei der Beseitigung von Problemen, die eine Realisierung behindern. Sie verfügen über kein Geld, um die Projekte zu unterstützen. Die Finanzierung der Projekte obliegt den privaten oder öffentlichen Initianten, die sich für eine Teilnahme an der Ausstellung bewerben müssen.

BILANZ. Die Bilanz der Basler Regierung zur grenzübergreifenden Kooperation ist positiv. Sie schlägt dem Grossen Rat vor, die Regio Basiliensis und den Trinationalen Eurodistrict Basel auch in den nächsten vier Jahren zu finanzieren. Es handelt sich um eine jährliche Summe von gut 600 000 Franken. Die Regierung verweist darauf, dass sich die grenzübergreifende Kooperation erfreulich entwickelt habe.

Dieser Einschätzung widersprich Christoph Koellreuter, langjährige Direktor des Konjunkturforschungsunternehmens BAK Basel Economics und Metrobasel-Chef. Er zieht eine enttäuschende Bilanz. 1914 sei die Region integrierter gewesen als heute. Er plädiert dafür, dass sich Basel mehr in Bern als am Oberrhein engagieren soll, da nationalstaatliche Regelungen eine stärkere Bedeutung hätten. > **SEITEN 2, 3**

«Im Südelsass wird der Niedergang verwaltet»

Metrobasel-Chef Christoph Koellreuter (66) plädiert dafür, sich mehr in Bern als im Oberrheinraum zu engagieren

INTERVIEW: PETER SCHENK

Christoph Koellreuter zieht eine enttäuschende Bilanz der grenzübergreifenden Kooperation. 1914 sei die Region integrierter gewesen als heute.

Metrobasel wurde nach mehrjähriger Vorbereitungszeit im April 2008 gegründet und will eine Plattform der Metropolregion Basel für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sein. Der Perimeter des privatrechtlichen Vereins umfasst den Trinationalen Eurodistrict Basel, das heisst den Raum der Nordwestschweiz, des Landkreises Lörrach und das Südelsass mit den Kantonen Sierentz, Huningue und auch Ferrette. Direktor von Metrobasel ist Christoph Koellreuter, Gründer, Direktor und langjähriger Chefökonom des Konjunkturforschungsunternehmens BAK Basel Economics.

BaZ: Herr Koellreuter, Metrobasel orientiert sich heute gegenüber früher stärker Richtung Süden nach Bern als zum Oberrheinraum. Warum?

CHRISTOPH KOELLREUTER: Leicht über 50 Prozent des Territoriums von Metrobasel liegen auf der deutsch-französischen Seite, von der Bevölkerung lebt ein Drittel dort, von den Arbeitsplätzen sind es 25 Prozent. Vom Bruttoinlandprodukt werden auf der deutsch-französischen Seite noch 20 Prozent erwirtschaftet und vom Wachstum noch zehn Prozent. Das heisst, die wirtschaftliche Musik spielt sehr eindeutig auf der Schweizer Seite.

Was bedeutet das für die grenzübergreifende Kooperation?

Ziel der Politik muss es immer sein, die Entwicklung positiv zu beeinflussen. Dabei liegen die für die Position einer Region im globalen Standortwettbewerb zentralen Entscheidungskompetenzen zum grössten Teil auf der nationalstaatlichen Ebene – in unserem Fall in Bundesbern, in Deutschland in Berlin und in Frankreich in Paris, und zwar mehr, als es uns eingefleischten Regionalisten vielleicht lieb ist.

Wo besteht denn Handlungsbedarf?

Insbesondere im Life-Sciences-Bereich hat die Region eine Erfolgsstory vorzuweisen: Gemeinsam mit der deutsch-französischen Seite sind wir der grösste Life-Sciences-Standort in Europa. Wir haben gegen 40 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich und auf der Schweizer Seite seit 2000 mit vier Prozent pro Jahr das höchste Wachstum an Arbeitsplätzen im Vergleich zu den grossen Life-Sciences-Standorten in Europa und Nordamerika, und wir haben ein jährliches Trendwachstum der realen Bruttowertschöpfung von um die zehn Prozent pro Jahr. Wenn wir das sicherstellen und ausbauen sowie die Defizite, die es nach wie vor gibt, beseitigen wollen, bedeutet das, dass der politische Einsatz für alle Beteiligten auf der Schweizer Seite am meisten bringt.

«Die französische Seite – sekundär auch die deutsche – hat Nachteile.»

Hätten Sie das bei der Gründung von Metrobasel auch gesagt?

Ich gebe ehrlich zu: Vor allem vor 20 Jahren hätte ich das noch nicht gesagt. Damals haben nicht nur ich, sondern viele davon geträumt, das Europa der Regionen aufzubauen. Aus der Oberrheinperspektive fanden wir Nationalstaaten lästig und sahen als entscheidende Ebenen einerseits die regionale und andererseits Brüssel. Das hat sich leider nicht bewahrheitet.

Warum?

Viel mehr als gemeinhin angenommen, entscheidet sich eben nicht in Brüssel, sondern in den Hauptstädten. Das EU-Budget beläuft sich auf nur 1,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts der EU, das heisst, die Staatsaktivitäten auf der Ebene Brüssel sind von deutlich geringerem Gewicht im Vergleich zur Ebene der Nationalstaaten, bei der die entsprechende Quote bei 40 bis 50 Prozent liegt.

Desillusioniert. Koellreuter glaubt nicht mehr an ein Europa der Regionen. Foto R. Schmid

Ist das eine Absage an die Bemühungen in der grenzübergreifenden Kooperation?

Nein, mit Sicherheit nicht. Was umsetzbar ist, sollte man machen. Metrobasel ist diesbezüglich sehr oft missverstanden worden: Man soll die Tramlinien über die Grenzen bauen, wenn man sie bauen kann, man soll die S-Bahn weiterentwickeln, wenn man das kann, oder man soll bei der Nutzung des Raums eine trinationale Perspektive einbringen. Aber da beginnen die Probleme schon: Es wäre ja durchaus sinnvoll, dass einiges an Expansion nicht unbedingt auf der Schweizer Seite, sondern auf der deutschen oder insbesondere auf der französischen Seite stattfindet, weil dort noch Flächen verfügbar sind.

Und was ist daran schwierig?

Für die Unternehmen spielen die Rahmenbedingungen bei der Entscheidung, sich an einem Ort niederzulassen, eine grosse Rolle. Insbesondere die französische Seite – sekundär auch die deutsche – hat drei Nachteile. Erstens sind die Arbeitsmarktregulierungen auf der französischen Seite sehr restriktiv. Zweitens ist die Steuerbelastung für Unternehmen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte sehr hoch. Drittens sind die Pharmaregulierungen in Frankreich nicht sehr forschungsfreundlich. Die deutsche Seite ist bei all diesen Themen etwas besser, aber nicht unbedingt für Life Sciences – auf beiden Seiten werden in diesem Sektor Arbeitsplätze abgebaut.

Was heisst das für das Südelsass?

Frankreich hat auf die neuen Konkurrenten insbesondere aus Osteuropa und Asien reagiert, indem es noch protektionistischer und restriktiver geworden ist. Das hat dazu geführt, dass im Südelsass nur noch der Niedergang von Arbeitsplätzen verwaltet wird. Das Tragische ist, dass seit etwa zehn Jahren auch die Zahl der elsässischen Grenzgänger Richtung Nordwestschweiz abnimmt. Das kann eine soziale Katastrophe werden, wenn die Südelsässer nicht in andere Gebiete abwandern.

Woran liegt das?

Einerseits ist das eine Frage der Sprache. Immer weniger junge Elsässer sprechen Dialekt oder Deutsch. Der Arbeitsmarkt verlangt aber zunehmend Sprachfertigkeiten: Die Industriearbeitsplätze haben abgenommen und die Ansprüche sind gewachsen. Der deutsche Anteil der Grenzgänger nimmt massiv zu. Ein Südelsässer, der nicht zumindest rudimentär Dialekt spricht, wird auch für die Migros-Kasse nicht mehr angestellt.

Sind sich die Franzosen dieser Problematik nicht bewusst?

Doch. Premierminister Fillon hat eine Kommission mit Parlamentariern aus französischen Grenzregionen eingesetzt. Sie schlägt unter anderem französische Sonderwirtschaftszonen mit arbeitsmarktfreundlicherem Arbeitsrecht und tieferen Steuerbelastungen vor. Das wäre im Moment die beste Lösung für die südelsässischen Probleme.

Laut dem Ratschlag zur Finanzierung der grenzübergreifenden Strukturen der Basler Regierung soll Metrobasel vor allem für die Nordwestschweiz in Bern lobbyieren. Wo bleibt da der deutsche und französische Teil?

Wir haben den Franzosen und Deutschen gesagt, dass wir das Gleiche in Berlin und Paris machen können, wenn sie uns brauchen. Ausserdem profitiert jeweils der französische und der deutsche Teil davon, wenn es dem Nordwestschweizer Teil besser geht. Es werden mit Sicherheit mehr Mitarbeiter aus der Schweiz ins Südelsass und nach Südbaden ziehen. Diese

Win-win-Perspektiven wollen wir im soeben gestarteten Metrobasel-Masterprojekt 2020/35/50 aufzeigen.

Sind die grenzübergreifenden Aktivitäten nicht vergeudete Energie, wenn die wichtigen Entscheidungen für die Region vor allem in Bern fallen?

Man kann über die Ressourcen streiten, die eingesetzt werden sollen. Bei einer siebenköpfigen Regierung in Basel-Stadt und einer fünfköpfigen im Baselbiet erwarte ich, dass diese Regierungsräte mehr Zeit in Richtung Osten und Süden investieren und etwas weniger in Richtung Oberrhein. Ausserdem hat der staatliche Sektor auf der Schweizer Seite zusammen mit jenem der französischen und deutschen unendlich viele grenzüberschreitende Gremien geschaffen, die man mehr bündeln könnte.

Wie stehen Sie zur Forderung, die trinationalen Gremien im Raum Basel mit einem Budget und Kompetenzen auszustatten?

Die Projekte, die in jüngerer Zeit vorwärtsgekommen sind, bedurften immer spezifischer politischer Antreiber auf beiden Seiten der Grenzen. Bei den Tramverlängerungen zum Beispiel war das für Basel Ralph Lewin. Man kann sich fragen, ob es dafür ein grenzübergreifendes Gremium brauchte. Sinn macht der Eurodistrict vor allem als Netzwerkplattform.

Mehr ist das nicht?

Wenn etwas umgesetzt werden soll, hängt das auch zwischen Basel-Stadt und Baselland immer sehr stark von Persönlichkeiten in der Regierung ab.

Ist es angemessen, dass Ihnen im Ratschlag der Basler Regierung als Verein eine derart wichtige Funktion zugeschrieben wird?

Letztendlich entscheiden die Regierungen, das Parlament oder das Stimmvolk. Wir organisieren Plattformen und sind Impulsgeber, aber mehr nicht.

Was für eine Zwischenbilanz würden Sie für die grenzübergreifende Kooperation ziehen?

Wir wissen nicht, wie es ohne die ganzen Strukturen heute aussehen würde. Wenn ich es aber an den Erwartungen messe, die viele vor 20 oder 25 Jahren gehabt haben, ist die Bilanz enttäuschend. Aber das hat weniger mit den Bemühungen um die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu tun als mit dem Verhalten der Nationalstaaten. Wir waren vor 1914 integrierter als heute.

Wie stehen Sie zur Zusammenarbeit der Universitäten?

Die Uni Basel, Uni Zürich und ETH haben heute sehr viel mehr gemeinsame Interessen als die Uni Basel mit den Eucor-Universitäten. Die Zürcher Hochschulen sind bessere und attraktivere Partner als die Oberrheinuniversitäten. Mit Zürich haben wir aus zwei Gründen gleiche Interessen: Basel und Zürich erfüllen erstens gemeinsam entscheidende Funktionen für die Schweiz und gehören zweitens zum gleichen Nationalstaat und unterliegen somit gleichen Regulierungen, die aber für Basel und Zürich in Bundesbern festgelegt werden.

Würden Sie denn so weit gehen zu sagen, das Dreiland ist ein Mythos?

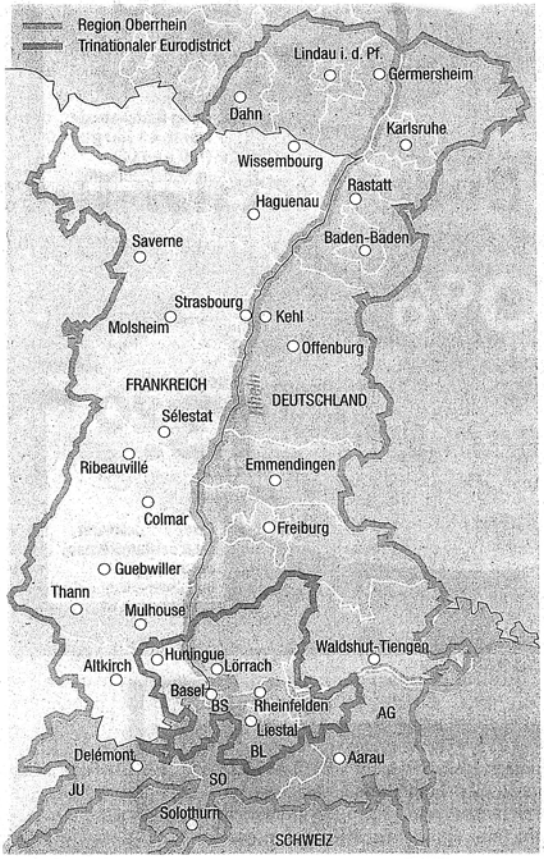
Der nähere Raum um Basel ist ein Wirtschafts- und ein Lebensraum. Es gibt viele Menschen, die im Elsass und in Südbaden wohnen und hier arbeiten. Das schleckt keine Geiss weg. Es ist aber kein Politikraum und möglicherweise auch kein Kulturraum. Die

«Elsässer gehen nicht in Basel ins Kino, ins Theater oder in eine Beiz.»

Elsässer sehen Sie abends in der Stadt Basel kaum. Die gehen nicht hier ins Kino, nicht ins Theater, nicht hier in eine Beiz. Die elsässische Identität scheint mir heute eher weiter weg vom gemeinsamen Raum als vor einigen Jahrzehnten.

Und Südbaden?

Der Austausch zwischen dem deutschen und Schweizer Teil läuft viel besser. Es kommt hinzu, dass sich das Elsass in Bezug auf Gastronomie und Hotellerie weniger gut entwickelt hat als die deutsche Seite. Früher ist man ins Elsass gegangen, um Spargeln zu essen. Jetzt geht man ins Badische. Die badische Seite hat sich enorm positiv entwickelt. Viele Bereiche wie der Einzelhandel, die Elektrizität, zum Teil auch die Landwirtschaft und Dienstleistungen sind heute in Deutschland zum Teil liberaler reguliert als in der Schweiz. Wegen des grossen Binnenmarkts gibt es auf der deutschen Seite mehr Wettbewerb als auf der schweizerischen. Deshalb haben sich diese Branchen im Landkreis Lörrach gut entwickelt. Wir sprechen ja auch oft vom Konsumtempel Lörrach.



Strukturen. Der Eurodistrict (rot umrandet) und die Oberrheinregion.

Ohne Budget ist der Trinationale Eurodistrict ein zahnloser Tige

Parlamentarier fordern Budget und Kompetenzen für grenzübergreifende Strukturen

PETER SCHENK

Der Ratschlag zur grenzüberschreitenden Kooperation wird noch diesen Oktober im Grossen Rat diskutiert. Mitglieder der Regiokommission beklagen den geringen Einfluss der parlamentarischen Gremien.

FDP-Grossrat und Regiopolitiker Helmut Hersberger nimmt kein Blatt vor den Mund: «Solange der Trinationale Eurodistrict Basel (TEB) mitsamt Districtsrat kein eigenes Budget hat, ist er ein zahnloser Tiger.» Der TEB umfasst die Nordwestschweiz, den Landkreis Lörrach plus Wehr und Bad Säckingen sowie das Südelsass um Saint-Louis. Er besteht aus einem Vorstand und einem Beirat oder Parlament, dem Districtsrat mit insgesamt 50 Mitgliedern. Aus Basel sitzen sieben Mitglieder der Regio-Kommission und ein Vertreter der Landgemeinden im Districtsrat, aus dem Baselbiet und Elsass sind es Maires oder Gemeinderäte.

Zu sagen haben allerdings weder TEB-Vorstand noch Districtsrat viel: «Die grenzüberschreitenden Gremien sollen keine Alibi-Spielwiese für Scheinpolitik sein, sondern trinational planen und Konflikte rasch lösen können», kritisiert Heinrich Ueberwasser (SVP), Präsident der grossrätlichen Regiokommission und des Districtsrats des TEB.

Er plädiert für Finanzkompetenzen des Districtsrats. «Ohne eigene Kompetenzen ist der Eurodistrict mittelfristig sinnlos.» Ausserdem will Ueberwasser innerhalb der grenzübergreifenden Strukturen das Gewicht der parlamentarischen Komponente stärken und beklagt, dass das «Parlament» Districtsrat nur beratende Funktion habe und die «Exekutive», den TEB-Vorstand, zu nichts zwingen könne.

ATOMMÜLLENDLAGER. So beanstandet Ueberwasser, dass der TEB-Vorstand Motionen, die der Districtsrat ihm überweist, ignoriere. Zwei Beispiele liegen ihm besonders am Herzen: Das erste ist der Standort des Schweizer Atommüllendlagers, das in der Region verhindert werden müsse. «Der Districtsrat hat trinational gegen ein Atomendlager in der Region gestimmt. Das ist unser Vorteil gegenüber anderen potenziellen Atomendlagerstandorten.»

Beim zweiten geht es um eine neue Fluglärm-Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern des Districtsrats, des TEB-Vorstands und des EuroAirport zusammensetzen soll. «Unser ‹groupe aéroport› bietet der Region die historisch einmalige Chance, den Bahnanschluss verbindlich mit einer Verlängerung der Nachtruhe und einer Beschränkung der Landungen und Starts über die Schweiz zu verknüpfen.»

Obwohl die Parlamentarier die Arbeitsgruppe bereits im Juni 2009 gefordert hätten, sei bisher nichts geschehen. «Der TEB-Vorstand schadet dem EuroAirport und dem Wirtschaftsstandort Basel», bemängelt Ueberwasser.

Wenig begeistert sind Ueberwasser wie Hersberger von den Lobbying-Aufgaben in Bern, die der Ratschlag Metrobasel zuweist. Hersberger befürchte «Budgetkonkurrenz» und fände es effektiver, wenn Metrobasel in der Regio Basiliensis aufginge. «Wir müssen aufpassen, dass die Nordwestschweiz vor lauter Schielen nach Bern nicht den Zug der Kooperation im Oberrheinraum verpasst», kritisiert er. Mitte Oktober könne der Grosse Rat diesbezüglich «ein Zeichen setzen».

Der Grosse Rat wird noch in diesem Monat über den Ratschlag der Regierung zur grenzüberschreitenden Kooperation abstimmen. Darin wird dem Parlament vorgeschlagen, das jährliche Budget für die Kooperationsstrukturen von jährlich 462 400 Franken für den Zeitraum von 2011 bis 2014 fortzuschreiben.

Die Regiokommission hat das Geschäft vorberaten und wird dem Grossen Rat einstimmig die Annahme der Finanzierung vorschlagen. «Wir wollen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, indem wir die Finanzierung nicht bewilligen», betont Ueberwasser. «Aber wir wollen schlankere und griffigere trinationale Strukturen, nicht noch mehr Gremien.»

BESSERE STRUKTUREN. Im Baselbiet hat der Landrat bereits im Juni mit grosser Mehrheit die Finanzierung der Regio Basiliensis und des gemeinsamen Sekretariats befürwortet. Ähnlich wie die Regiokommission kritisierte er die Vielzahl der grenzübergreifenden Strukturen und erteilte der Regierung den Auftrag, sich für eine Straffung und bessere Verständlichkeit der Strukturen einzusetzen.

Über die Finanzierung des Trinationalen Eurodistricts Basel und die Informationsstelle Infobest Palmrain berät der Landrat voraussichtlich in diesem November.

Jetzt braucht es konkrete Projekte

Die IBA Basel soll Schwung in die grenznachbarschaftlichen Beziehungen bringen

CHRISTOPH HEIM

Die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Lörrach, dem Elsass und den beiden Basel soll in den nächsten zehn Jahren verbessert werden: Basel lanciert gemeinsam mit Städten und Regionen des Dreilands eine internationale Bauausstellung.

Mit dem Mittel der IBA, der Internationalen Bauausstellung, wollen die Politiker in der Region Basel die Zusammenarbeit verstärken und Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität anstossen. Gestern haben der Basler Regierungsrat Hans-Peter Wessels, der Lörracher Landrat Walter Schneider, der Präsident des Conseil Général du Haut-Rhin, Charles Buttner, und Jean Ueberschlag, Maire von Saint-Louis, den Startschuss für die Ausstellung gegeben.

IBA-Väter. Martin Jann (Geschäftsführer IBA Basel), Hans-Peter Wessels (Regierungsrat Basel-Stadt), Charles Buttner (Präsident Conseil Général du Haut-Rhin), Jean Ueberschlag (Député-Maire St-Louis, Präsident Trinationaler Eurodistrict Basel), Walter Schneider (Landrat Landkreis Lörrach), v. l. n. r. Foto Lucian Hunziker

GESCHICHTE. Die IBA steht in der Tradition der berühmten deutschen Bauausstellungen, deren erste 1901 in Darmstadt stattgefunden hat. Auf der Mathildenhöhe wurde unter der Leitung von Joseph Maria Olbrich eine vorbildliche Wohnsiedlung gebaut. 1927 folgte Stuttgart (Weissenhofsiedlung), 1951 Hannover, 1957 Berlin (Hansaviertel). Die IBA Berlin 1987 setzte neue Schwerpunkte: Stadtreparatur und neue Planungsformen. Die IBA Emscher Park (1989–1999) ging noch weiter: Sie bezog sich auf eine ganze Region und stellte ökologische Fragen in den Mittelpunkt. Mit der IBA Fürst-Pückler-Land (2000–2010) wurde die Reparatur der grossflächigen Landschaftszerstörungen durch den Braunkohleabbau in der Lausitz in Angriff genommen.

FINANZEN. Während zur Aufwertung des Ruhrgebiets und der Lausitz vom deutschen Staat jeweils mehrere Milliarden in die Hand genommen wurden, bleibt die IBA Basel aller Voraussicht nach eine bescheidene Veranstaltung, die sich mehr für die Software als für die Hardware zu interessieren scheint. Zur Finanzierung der ersten drei Jahre stehen 2,1 Millionen Euro zur Verfügung. 432 000 Euro kommen aus Deutschland, 270 000 Euro aus Frankreich, 700 000 von der EU. Basel ist mit 370 000 Euro, der Aargau mit 83 000 Euro und die Eidgenossenschaft mit 220 000 Euro dabei. Die Aufteilung der Gelder entspreche der Bevölkerungszahl der beteiligten Regionen, wurde an der Pressekonferenz gesagt. Der Kanton Baselland hat sich übrigens gegen eine Teilnahme entschieden, da ihm die Sache zu wenig konkret ist.

Und in der Tat, das grosse Problem des IBA-Projektes ist nicht nur, dass kein Geldtopf vorhanden ist, mit dem geplante Projekte unterstützt werden könnten, sondern dass zum Zeitpunkt des Startschusses sehr wenig konkret ist. Man hat sich deshalb dazu entschlossen, in den nächsten drei Jahren qualitativ hochwertige Projekte von öffentlicher und privater Hand mit einem IBA-Label auszuzeichnen. Über die Qualität wacht eine Jury von Experten verschiedenster Couleur. Definiert wurden fünf Handlungsfelder, die so ziemlich alles umfassen, was in der Region Basel unter dem Titel Zusammenarbeit läuft:

> Städtebau und Architektur
> Landschaftsplanung und Ökologie
> Verkehr und Mobilität
> Life Sciences
> Identität, Trinationalität und Internationalität.

ORGANISATION. Ein Team unter der Leitung des Juristen und Raumplaners Martin Jann, der als Geschäftsführer der IBA fungiert, wird nun die IBA bekannt machen und mögliche Projekte prüfen. Am Wochenende findet der offizielle Auftakt ganz volksnah statt: Zu einer Kinderrallye in die Region wird in Riehen am Freitag geladen, zu Bustouren zum Thema Stadtentwicklung kann man sich von Freitag bis Sonntag bei der Voltahalle einfinden, in Rheinfelden gibt es am Samstag ein Brückenfest und in Saint-Louis eine Ausstellung über grenzüberschreitende Architektur. Am Hauptsitz der IBA, an der Voltastrasse 30, ist am Freitag Tag der offenen Tür.

> www.iba-basel.net

tageskommentar

Basel holt den IBA-Zauber

CHRISTOPH HEIM

Die IBA Basel lässt sich als eine neue Stufe der Arbeit am Mythos Dreiland verstehen. Ob Dreiland, Regio Basiliensis, schlicht Regio oder neuerdings Metrobasel – die Visionäre versuchten unter immer neuen Titeln den Ländern, Geschichten und Kulturen zwischen Jura, Schwarzwald und Vogesen Gemeinsamkeiten abzugewinnen. Sie sollten den Weg ebnen für grenzüberschreitende Projekte.

Da diese Bestrebungen kaum Früchte trugen, bedienen sich nun die Politiker eines Instrumentariums, mit dem Deutschland seinen allergrössten Problemen auf den Leib rückt. Die IBA Emscher Park verwandelte die Bergbaugebiete an der Ruhr zu einer interessanten Kulturlandschaft. Die IBA Fürst-Pückler-Land machte aus einer Gegend, die vom Braunkohle-Tagbergbau zerstört wurde, eine blühende Seenlandschaft. Der Einsatz betrug jedes Mal viel Ausstellungs-Know-How und ein paar Milliarden Euro.

Hier geht es um eine Aufwertung des Elsass, um ein S-Bahn-System und attraktive Naherholungszonen.

Für die IBA Basel steht ein Bruchteil dieser Summen zur Verfügung. Natürlich, der Reparaturbedarf in der florierenden Region Basel ist kleiner als im Ruhrgebiet und in Lausitz. Hier geht es um eine Aufwertung des Elsass, um ein S-Bahn-System und attraktive Naherholungszonen. Bestimmt könnte da Geld beschleunigend wirken. Es ist allerdings fraglich, ob die Grenzen, die seit Jahrzehnten die Diplomatie überfordern, sich nun von den Ausstellungsmachern wegzaubern lassen.

christoph.heim@baz.ch